

## Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail [info@paritaet.org](mailto:info@paritaet.org), Internet <http://www.paritaet.org>

### 89 Prozent der Eingliederungshilfe werden in Einrichtungen erbracht

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2006 in Deutschland netto 10,5 Milliarden Euro für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (SGB XII, 6. Kapitel) ausgegeben. Mit einem Anteil von 58 Prozent an den gesamten Nettoaufwendungen der Sozialhilfe ist die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen damit die finanziell mit Abstand bedeutendste Hilfeart der Sozialhilfe. Im Laufe des Jahres 2006 erhielten 643.000 Personen Eingliederungshilfe. Im Vergleich mit dem Stand vor zehn Jahren hat sich die Zahl der Hilfebezieher um 53 Prozent erhöht, die Nettoausgaben stiegen im selben Zeitraum um 64 Prozent. 89 Prozent der Nettoausgaben für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen fielen 2006 in Einrichtungen (zum Beispiel Werkstätten für behinderte

Menschen) an, elf Prozent der Ausgaben für diese Hilfeart wurden für Leistungen außerhalb von Einrichtungen aufgewandt. Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden, Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976, E-Mail [info@destatis.de](mailto:info@destatis.de), Internet <http://www.destatis.de>

### Länder wollen Eingliederungshilfe weiter entwickeln

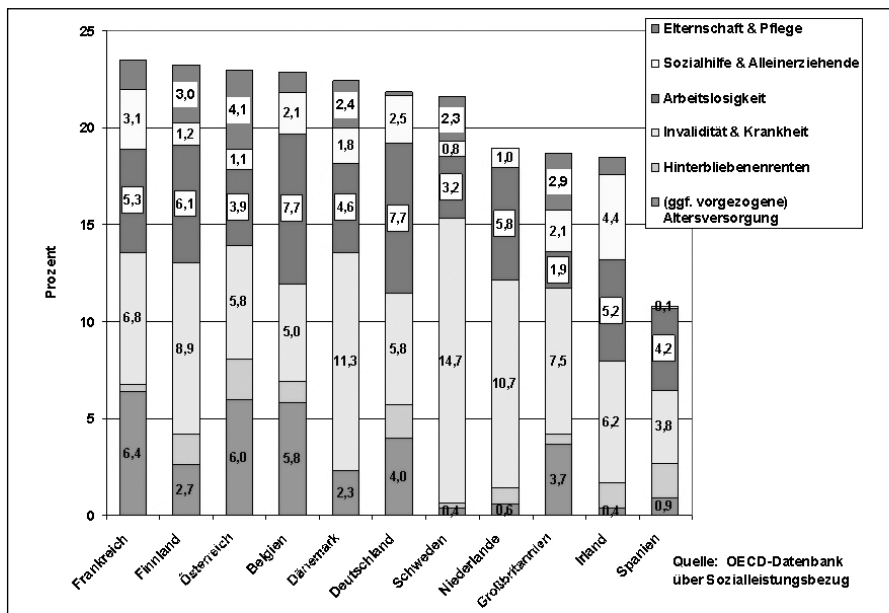
Die Arbeits- und Sozialminister der Länder haben sich auf ihrer 84. Sitzung Mitte November 2007 in Berlin mehrheitlich auf einen Beschluss zur »Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung« geeinigt. In der Vorlage werden der bisher unzureichend umgesetzte Paradigmenwechsel in der Politik für und mit Menschen mit Behinderungen betont, das Persönliche Budget als ein Instrument der Personenzentrierung in der Behindertenhilfe hervorge-

hoben und die steigenden Kosten in der Eingliederungshilfe sowie Fehlanreize und Privilegien einzelner Leistungsformen in der Sozialhilfe festgestellt. Die Beschlussvorlage sowie der endgültige Beschluss können als PDF-Dokumente kostenlos bei der Redaktion der Blätter der Wohlfahrtspflege angefordert werden (E-Mail [pfannendoerfer@nomos.de](mailto:pfannendoerfer@nomos.de)).

Konferenz der Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder (ASMK), Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Telefon 030 902812 00, Fax 030 90282165, E-Mail [ASMK-Gst@senias.verwalt-berlin.de](mailto:ASMK-Gst@senias.verwalt-berlin.de), Internet [http://www.bundesrat.de/nm\\_8758/DE/gremien-konf/fachministerkonf/asmk/asmk-node.html?\\_\\_nm=true](http://www.bundesrat.de/nm_8758/DE/gremien-konf/fachministerkonf/asmk/asmk-node.html?__nm=true)

### Fast 21 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes haben Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2006 insgesamt 20,9 Milliarden Euro für Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. Damit sind die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 Prozent gestiegen. Nach Abzug der Einnahmen, unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen, wurden netto rund 18,8 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe aufgewendet (-0,4% gegenüber 2005). Mit 11,8 Milliarden Euro wurde mehr als die Hälfte der Bruttoausgaben (56%) für Kindertagesbetreuung geleistet. Nach Abzug der Einnahmen in diesem Bereich verblieben für die öffentliche Hand netto 10,4 Milliarden Euro an Ausgaben. Mit insgesamt 5,6 Milliarden Euro wendeten die öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe 2006 gut ein Viertel der Bruttoausgaben (27%) für Hilfen zur Erziehung auf. 3,4 Milliarden Euro dieser Ausgaben entfielen auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder in anderer betreuter Wohnform. Für sozialpädagogische Familienhilfe erhöhten sich die Ausgaben um acht Prozent auf 393,4 Millionen Euro. Für die Jugendarbeit, zum Beispiel außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugenderholung oder internationale Jugendarbeit, wurden 1,4 Milliarden Euro oder 6,6 Prozent der Gesamtausgaben aufge-



Die west- und nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten versorgen mindestens ein Fünftel ihrer Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren über Sozialtransfers. Das zeigen Untersuchungen des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen in einem Vergleich der sozialen Sicherung in elf westeuropäischen Ländern. Wer nicht von Arbeit lebt oder leben kann, erhält die Hilfe je nach Land aber aus unterschiedlichen Töpfen: In Deutschland und Belgien wird der relativ größte Teil der Leistungen wegen Arbeitslosigkeit gewährt, in den skandinavischen Ländern, aber auch in den Niederlanden, Großbritannien und Irland, wegen Invalidität und Krankheit, in Österreich fließt der größte Teil der Leistungen als (Früh-) Rente. Die Abbildung zeigt die Anteile der Bevölkerung im Erwerbsalter mit lohnsetzendem Sozialleistungsbezug nach Leistungsarten (Stand 2004).

Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen, Universität Duisburg-Essen, 45117 Essen, Telefon 0209 1707-176, E-Mail [presse-iaq@uni-due.de](mailto:presse-iaq@uni-due.de), Internet <http://www.iaq.uni-due.de>

wendet. Die Ausgaben für vorläufige Schutzmaßnahmen, zu denen insbesondere die Inobhutnahme bei Gefährdung des Kindeswohls gehört, stiegen bundesweit von 76,2 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 81,1 Millionen Euro 2006 (+ 6,4%).

Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden,  
Telefon 0611 75-0, Fax 0611 753976,  
E-Mail [info@destatis.de](mailto:info@destatis.de),  
Internet <http://www.destatis.de>

## Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern und Familiengerichten

Die »Arbeitsgruppe Kooperation Jugendamt – Familiengericht« hat ihre neuen Empfehlungen zur Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern und Familiengerichten in Umgangs- und Sorgerechtsverfahren veröffentlicht. In der Arbeitsgruppe arbeiten in Berlin auf Landesebene die Jugendämter, Familienrichter, die Senatsverwaltungen für Justiz sowie Bildung, Wissenschaft und Forschung zusammen. Gegenüber der ersten Auflage wurden spezielle Empfehlungen für Fälle von Kindeswohlgefährdung ergänzt. Die Empfehlungen dienen dazu, Bearbeitungszeiten bei Behörden und Gerichten zu verkürzen. Sie enthalten erstmals auch ein Muster für die einheitliche Gestaltung von Jugendamtsberichten sowie Empfehlungen für die Einrichtung von Arbeitskreisen zur interdisziplinären Zusammenarbeit im Familienkonflikt. Die Empfehlungen und der Musterbericht können bei der Redaktion der Blätter der Wohlfahrtspflege kostenlos als PDF-Dokumente angefordert werden (E-Mail [pfannendoerfer@nomos.de](mailto:pfannendoerfer@nomos.de)).

Senatsverwaltung für Justiz Berlin, Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin,  
Telefon 030 9013-0, Fax 030 9013-2000,  
E-Mail [poststelle@senjust.verwalt-berlin.de](mailto:poststelle@senjust.verwalt-berlin.de),  
Internet <http://www.berlin.de/sen/justiz/index.html>

## Sozialgenossenschaften als Organisationsform

Genossenschaften können eine geeignete Rechtsform sein für zahlreiche Initiativen und Organisationen im sozialen Bereich. Zu diesem Fazit kam ein Workshop in Frankfurt am Main. Veranstalter waren der Paritätische Gesamtverband in Zusammenarbeit mit parisat gGmbH, eine Beratungsgesellschaft des Paritätischen Thüringen, die ein Kompetenzzentrum für Sozialgenossenschaften eingerichtet hat. Die Rechtsform der Genossenschaft bietet nach der Reform des Genossenschafts-

## Termine

**Wo Worte nicht helfen.** Umgang mit destruktivem Verhalten von Kindern und Jugendlichen. 4. April 2008 in Ludwigsburg. Kosten 85,- Euro. Institut für Fort- und Weiterbildung der Evangelischen Fachhochschule Reutlingen-Ludwigsburg, Auf der Karlshöhe 2, 71638 Ludwigsburg, Telefon 07141 965-282, Fax 07141 965-237, E-Mail [ifw@efj-reutlingen-ludwigsburg.de](mailto:ifw@efj-reutlingen-ludwigsburg.de), Internet <http://www.efh-reutlingen-ludwigsburg.de>

**Organisationsanalyse aus Marketingsicht.** Klare Marketing-Botschaften identifizieren. 8. April 2008 in Erlangen. Lebenshilfe-Kooperation der Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz, Kitzinger Straße 6, 91056 Erlangen, Telefon 09131 75461-0, Fax 09131 75461-90, E-Mail [info@lebenshilfe-bayern.de](mailto:info@lebenshilfe-bayern.de), Internet <http://www.lebenshilfe-bayern.de>

**Lösungsorientierte Beratung nach De Shazer.** 14. bis 16. April 2008 in Mainz. Seminargebühren 220,- Euro (Unterkunft und Verpflegung ca. 36,- Euro je Tag). Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Telefon 06131 28944-0, Fax 06131 2894450, E-Mail [ifw@kfh-mainz.de](mailto:ifw@kfh-mainz.de), Internet <http://www.kfh-mainz.de>

**Soziales Netzwerken und Sozialraumarbeit.** Neue Synergien in komplexen Strukturen. 14. bis 18. April 2008 in Freiburg im Breisgau. Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Postfach 4 20, 79004 Freiburg im Breisgau, Telefon 0761 200-538, Fax 0761 200-199, E-Mail [akademie@caritas.de](mailto:akademie@caritas.de), Internet <http://www.fak.caritas.de>

**Soziale Arbeit im Gemeinwesen.** 18. bis 20. April 2008 und 7. bis 9. November 2008 in Gelnhausen. Burckhardt Haus, Evangelisches Institut für Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit e. V., Postfach 11 64, 63551 Gelnhausen, Telefon 06051 89-0, Fax 06051 89240, E-Mail [m.ott@burckhardthaus.de](mailto:m.ott@burckhardthaus.de), Internet <http://www.burckhardthaus.de>

**Von der Idee zur erfolgreichen Praxis.** Gründerseminar für Fachkräfte im Feld der Sozialen Arbeit. 22. bis 24. April 2008 in Berlin. Seminargebühr mit Übernachtung und Vollverpflegung 300,- Euro. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen IGfH, Schaumainkai 101–103, 60596 Frankfurt am Main, Telefon 069 633986-0, Fax 069 63398625, E-Mail [igfh@igfh.de](mailto:igfh@igfh.de), Internet <http://www.igfh.de>

**Von der Idee zum Antrag.** Projektanträge konzipieren. 7. bis 9. Mai 2008 in Rolandseck. Teilnahmebeitrag mit Unterkunft 220,- Euro. AWO-Akademie Helene Simon, Postfach 41 01 63, 53023 Bonn, Telefon 0228 6685-142, Fax 0228 6685211, E-Mail [akademie@awobu.awo.org](mailto:akademie@awobu.awo.org), Internet <http://www.awo.org>

**Wie kommen alle ins Boot?** Erzieherische Präsenz in Familie, Jugendhilfe und Schule. 14. und 15. Mai 2008 in Hanau. Kosten 180,- Euro. Connect – Fortbildungseinrichtung des Albert Schweitzer Kinderdorf Hessen e. V., Geleitstraße 66, 53456 Hanau, Telefon 06181 2709-18, Fax 06181 2709-15, E-Mail [connect@ask-hessen.de](mailto:connect@ask-hessen.de), Internet <http://www.connect-fortbildung.de>

**Hilfen für die Arbeit mit Kindern in suchtbelasteten Familien.** 26. bis 30. Mai 2008 in Niederaltich (bei Deggendorf). Kursgebühr 270,- Euro. Zentrum Bayern Familie und Soziales – Bayerisches Landesjugendamt, Winzerstraße 9, 80797 München, Telefon 089 1261-2804, Fax 089 12612280, E-Mail [poststelle@zbfs-blja.bayern.de](mailto:poststelle@zbfs-blja.bayern.de), Internet <http://www.blja.bayern.de>

**Mit »Systemen« reden.** Kommunikation mit Familien, Paaren, Helfer-Institutionen. 28. bis 30. Mai 2008 in Hannover. Teilnahmebeitrag einschließlich Unterbringung und Verpflegung 289,- Euro. Evangelischer Erziehungsverband (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Telefon 0511 390881-13, Fax 0511 39088116, E-Mail [info@erev.de](mailto:info@erev.de), Internet <http://www.erev.de>

**»Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!«** 13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag. 18. bis 20. Juni 2008 in Essen. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Telefon 030 40040-219, E-Mail [sabine.kummetat@agj.de](mailto:sabine.kummetat@agj.de), Internet <http://www.jugendhilfetag.de>

rechts im letzten Jahr zahlreiche innovative Gestaltungsmöglichkeiten insbesondere für Neu- und Ausgründungen sozialer Dienstleister. So kann beispielsweise die Genossenschaft eine gleichberechtigte Plattform der Zusammenarbeit bieten für regionale oder fachliche Netzwerke sowie für Stadtteilinitiativen. Auch für Zusammenschlüsse von Selbstständigen, beispielsweise von Tagesmüttern und Tagesv Vätern, und kleinen Unternehmen kann die Genossenschaft der richtige Weg sein; ebenso für die Verselbstständigung von Projekten und für »Mitarbeitervereine«.

parisat gGmbH, Bergstraße 11, 99192 Neudietendorf, Telefon 03602 26-233, Fax 03602 26-234, E-Mail [kontakt@parisat.de](mailto:kontakt@parisat.de), Internet <http://www.parisat.de>

#### **Gutachten belegt wachsendes Engagement von Migranten für ihr Quartier**

In den letzten Jahren haben sich die Bewohner der Berliner Quartiere zunehmend und in vielfältiger Form für ihren Stadtteil engagiert, wie ein im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erstelltes Gutachten des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) belegt. Seit 2001 unterstützte der Berliner Senat die Aktivitäten durch besondere Maßnahmen für eine Verstärkung und Optimierung des Programms »Soziale Stadt«. Hierdurch konnten die Beteiligungsmöglichkeiten und Mitentscheidungsbefugnisse der Bewohner gefördert werden. So wurde das Verfahren der »Quartiersjury« eingeführt und ab 2005 in allen Gebieten ein Quartiersbeirat eingesetzt, der unter hoher Bewohnerbeteiligung entstand. Dieses zentrale Gremium diskutiert gemeinsam mit der Verwaltung und dem Quartiermanagement vor Ort Entwicklungsmöglichkeiten für die Quartiere. Auf diesem Wege können beispielsweise Entscheidungen über Projektförderungen und damit über den Einsatz der Mittel gemeinsam gefällt werden. Bislang war nicht bekannt, ob auch Migranten in diese Verfahren eingebunden sind. Dieser Frage wurde daher im Rahmen des Difu-Gutachtens in zwölf Berliner Quartiermanagement-Gebieten nachgegangen. Danach sind Migranten in allen Quartiersbeiräten deutlich vertreten. Der Migrantenanteil in den Quartiersbeiräten beträgt durchschnittlich 24 Prozent, davon sind 42 Prozent Frauen.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Telefon 030 39001-0, Fax 030 39001-100, E-Mail [difu@difu.de](mailto:difu@difu.de), Internet <http://www.difu.de>

#### **Kennzahlen**

*»Ohne Zahl kann die Vielheit der Dinge nicht bestehen; denn ohne Zahl gibt es keine Unterscheidung, Ordnung, Proportion, Harmonie.«*

Nikolaus von Kues, deutscher Philosoph (1401–1464)

## 9.370

Schwellenwert für Armutsgefährdung in Deutschland in Euro im Jahr für eine allein lebende Person im Jahre 2006 nach Definition der Europäischen Union (= Anteil der Personen, die mit weniger als 60% des mittleren Einkommens der gesamten Bevölkerung auskommen müssen)

## 86

Anteil in Prozent der verheirateten Frauen in Deutschland zwischen 35 und 49 Jahren, die Kinder haben (Anteil bei den ledigen Frauen: 33 Prozent)

## 142.830

Zahl der zugelassenen Rechtsanwälte in Deutschland (Stand 2007)

## 19.500

Zahl junger Menschen zwischen 10 und 20 Jahren, die in Deutschland im Jahre 2006 wegen Alkoholmissbrauchs (»akute Alkoholintoxikation«) stationär im Krankenhaus behandelt werden mussten

## 680

Betrag in Euro des durchschnittlichen monatlichen Rentenzahlbetrags bei Versichertenrenten in Deutschland (Stichtag 1 Juli 2006)

## 10.424

Zahl der am 15. Dezember 2005 zugelassenen Pflegeheime in Deutschland

## 547

Zahl der im Jahre 2005 zum Zwecke der Adoption nach Deutschland geholten Kinder und Jugendliche